



Niederschrift

29. Sitzung Hauptausschuss
17. Mai 2022, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

2.

Punkt 2 der Tagesordnung: Weitere Maßnahmen für den Werderplatz

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2022/0373

Ergänzungs-/Änderungsantrag: DIE LINKE.

Vorlage: 2022/0373/1

Änderungsantrag: CDU

Vorlage: 2022/0373/2

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 2 zur Behandlung auf.

Stadtrat Löffler (GRÜNE) stellt fest, durch die Zusage, die AG Werderplatz wieder ins Leben zu rufen, werde vor allem dem Anliegen der Gewerbetreibenden dort, der BG Südstadt, aber auch den Anwohner*innen Rechnung getragen, dass das Thema Werderplatz wieder in den Blickpunkt der Stadtverwaltung gerate.

Mit der Beantwortung des Antrags sei man einverstanden, eine erneute Beratung im Gemeinderat sei nicht notwendig.

Wichtig sei seiner Fraktion, dass in der AG Werderplatz immer das Thema restriktiver Maßnahmen aber auch Angebote im Sinne der Sozialarbeit zusammengedacht werden. Eine Verschärfung restriktiver Maßnahmen dürfe nur dann geschehen, wenn es gleichzeitig ergänzenden Angebote gebe.

Stadtrat Hofmann (CDU) ist mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden. Es sei allen klar, dass das Problem nicht einfach zu lösen sei. Mit dem, was jetzt angedacht werde, sei den Bürgern vor Ort nicht geholfen. Man wisse, dass es rechtliche Hürden gebe. Aber nur einen Arbeitskreis zu bilden und zwei Jahre die Kriminalstatistik abzuwarten, sei zu wenig. Während in der Stadt allgemein die Kriminalität sinke, steige sie am Werderplatz. Das bestehende Alkoholverbot könne nicht durchgesetzt werden, weil das entsprechende Klientel dann ausweiche. Daher müsse man schnellstmöglich versuchen, eine Art Ausweitung auf weitere Straßen zu erreichen. Für seine Fraktion sei der Antrag nicht erledigt. Man müsse vor Ort helfen, gerade in den Sommermonaten, wenn alles verstärkt in den Fokus rücke. Die Gewerbetreibenden, gerade auch die Gastronomie, wisse sich nicht mehr zu helfen. Es werde zwar durch die Ordnungskräfte kontrolliert, aber man dürfe jetzt nicht noch zwei Jahre zuwarten.

Stadträtin Melchien (SPD) weist darauf hin, man sei sich einig im Haus, dass eine Verschärfung der Maßnahmen dringend geboten und notwendig sei. Es sei rechtlich schwierig. Trotzdem sei es in der Vergangenheit gelungen, Maßnahmen zu ergreifen, die ein Stückweit für eine Entlastung des Werderplatzes gesorgt hätten.

Die SPD habe den früheren Beschlüssen zugestimmt und werde auch weitere rechtlich mögliche Maßnahmen unterstützen. Auch werde man eine Ausweitung des Alkoholverbots unterstützen, sofern es im Rahmen der landesrechtlichen Vorgaben möglich sei. Es sei jedoch allen klar, dass man heute keinen Beschluss fassen könne. Dafür habe man keine Grundlagen. Sie hoffe aber, dass es mit Verwaltung und Politik gemeinsam gelingen werde, das Ganze früher zum Greifen zu bringen. Auch den weiteren Ideen stehe man offen gegenüber. Wichtig sei, dass mit der Bürgergesellschaft und der AG Werderplatz weiter daran gearbeitet werde. Substitution sei ein nicht ganz so einfaches Thema. Man habe sehr lange gebraucht, die Situation im Stadtgebiet wieder zu stabilisieren. Man müsse Ärzte finden, die dazu bereit seien.

Von Seiten der SPD-Fraktion wünsche man sich, dass sowohl eine Evaluation der Öffnungszeiten von A³, aber auch des Drogenkonsumraums in die weiteren Überlegungen einbezogen werden. Davon verspreche man sich weitere entlastenden Schritte.

Stadtrat Hock (FDP) meint, die Diskussionen seien immer dieselben. Es gebe die Probleme auf dem Werderplatz. Man versuche gegenzusteuern mit der AG. Dies unterstütze seine Fraktion gerne. Man müsse sich aber davon verabschieden, das Problem am Werderplatz für immer lösen zu können. Nach Meinung seiner Fraktion sei es einer der größten Fehler gewesen, damals den Polizeiposten aus diesem Bereich in einen anderen Bereich zu verlegen. Man werde alles mitgehen, aber wenn die Polizei an dem Platz ihr Polizeirecht nicht durchsetze, werde sich nichts ändern.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.) kann sich ihren Vorrednern anschließen. Es werde eine kontinuierliche Arbeit bleiben. Hierzu sei es wichtig, wieder in den Arbeitskreis einzusteigen. Zentral wichtig sei es, die Ursachen, die zu den Problemen führten, stärker in den Blick zu nehmen. In Bezug auf die Substitution müsse man sich überlegen, wie man diese im Stadtgebiet besser verteilen könne, damit sie nicht in unmittelbarer Nähe des Werderplatz seien, um eine räumliche Entzerrung zu erhalten. Auch das Thema Wohnsituation sei wichtig. Sie wundere sich über die genannten Mietpreise. Sie bezweifle, dass 400 Euro für ein Zimmer in dem Bereich der ortsüblichen Mieten entspreche. Wenn man die Wohnsituation der Menschen nicht verbessere, sei es schwer, dies zu entzerren.

Wichtig sei ihrer Fraktion auch, den Raum in der Werderstraße 28, in dem es ein sozio-kulturelles Zentrum gegeben habe, wieder mit Leben zu füllen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR) stellt fest, man müsse am Werderplatz immer wieder neu reagieren, neu überlegen. Man habe damals das A³ und den Drogenkonsumraum gefördert. Dann sei auch etwas passiert. Jetzt müsse man sich neu überlegen, was helfe. Man könne nicht nur sagen: Polizei oder Sozialarbeit. Viel mehr müsse man das ganze Bündel zusammendenken. Wie im CDU-Antrag geschrieben, müsse man die Zeiten verlängern und auch die Räume vergrößern. Dafür plädiere er. In der Südstadt gebe es zwei, drei Ärzte, die die Substitution machten. Das ziehe nach wie vor Menschen an. Wichtig sei aber vor allem die Präsenz der Polizei.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) erklärt, Herr Hock habe zurecht darauf hingewiesen, dass es ein Fehler gewesen sei, das Polizeirevier zu verlegen. Seine Fraktion habe alle Maßnahmen mitgetragen, um das Problem zu lösen. Er müsse aber Herrn Hofmann Recht geben, das Problem bestehe nach wie vor. Gut finde er, dass der Antrag der GRÜNEN jetzt umgesetzt werde. Aber ebenso sollte der Antrag der CDU umgesetzt werden.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI) sieht nicht, dass man am Werderplatz irgendetwas werde verändern können. Seit über 20 Jahre sei dies Thema mit unterschiedlichen Szenen. Seine Fraktion habe in der Vergangenheit immer sehr deutlich gesagt, man könne im Gemeinderat beschließen, was man wolle. Man könne Maßnahmen ergreifen. Diese werden jedoch nicht greifen. Man könne den Menschen nicht verbieten, dorthin zu gehen.

Man müsse jetzt schauen, dass die Polizeistation wieder an den Werderplatz komme. Auch müsse man beim Landkreis alle Hebel in Bewegung setzen, dass wieder Substitutionspraxen eingerichtet werden, damit nicht alle nach Karlsruhe kämen.

Der Vorsitzende fast zusammen, Anfang Oktober habe es in der Südstadt eine Bürgerversammlung gegeben. Dort sei nicht die Forderung gekommen, die AG Werderplatz wieder zu reaktivieren. Sonst hätte man es sofort zugesagt. Er habe damals die Gewerbetreibenden gebeten, noch einmal genau zu beschreiben, was die Probleme seien. Dann werde man sich darum kümmern. Es habe dann einen offenen Brief der Gewerbetreibenden gegeben. Auch allen anderen Themen habe man sich angenommen.

Wenn es am Werderplatz Entwicklungen gebe, die wieder in die negative Richtung gingen, müsse man darüber in der Arbeitsgemeinschaft diskutieren. Man solle jedoch nicht versuchen so zu tun, als sei es eine neue Entwicklung. Die Probleme bestünden schon seit gut 15 Jahren. Neu sei die Anzahl und die Zusammensetzung der Gruppen, die sich dort trafen. Es sei ein multifaktorielles Geschehen. Es handle sich um Menschen aus dem Landkreis, die nicht nur wegen der Substitution kämen; auch um Gruppen mit rumänischem Hintergrund. Das Thema der Mietburgen habe man vor zwei, drei Jahren diskutiert. Wegen der horrenden Mieten werde man im Jobcenter schauen, inwieweit die Kriterien eingehalten seien.

Man habe lange diskutiert, dass es nicht möglich sei, aufgrund der Kriminalitätsstatistik die Nebenstraßen miteinzubeziehen. Es sei auch nicht möglich, es zeitlich auszudehnen. Und es sei nicht möglich, den Winter dazu zuzunehmen. Gleichzeitig habe man aber angekündigt, dass man auf Landesebene ausdrücklich darum bitte, das Alkoholkonsumverbot auf eine andere

Rechtsgrundlage zu stellen. Als Gemeinderat könne man sich jedoch nicht über gesetzliche Rahmenbedingungen hinwegsetzen, die an anderer Stelle geklärt werden müssen. Von der Ausweitung der Öffnungszeiten habe man bisher keinen Gebrauch gemacht. Es bestehe die Gefahr, dass sich dann die Belästigungen bis in die Nacht hinzögen. Einen Bürgertreff einzurichten, könne man in der AG diskutieren. Man dürfe aber nicht davon ausgehen, dass alles gut werde.

Stadtrat Hofmann (CDU) entgegnet, es sei nie Intention gewesen, einen Schuldigen zu suchen. Man habe sich mehrfach an das Land gewandt. Es sei jedoch ganz klar, dass man das Problem nicht komplett lösen werde. Aber man müsse die Situation vor Ort verbessern. Was passiere aber, wenn dort die nächsten Geschäfte schließen oder wenn die Gastronomie schließe. Dann werde es noch schlimmer für die Anwohner*innen werden.

In einem Punkt müsse er widersprechen. Die Kriminalstatistik gebe es her. Während in ganz Karlsruhe die Straftaten immer weiter sinken, gingen sie am Werderplatz nach oben. Damit habe man etwas in der Hand, um beim Land etwas zu fordern. Einig sei man sich, dass man eine Entlastung vor Ort schaffen und die Situation verbessern müsse. Mit einer kleinen Ausweitung Richtung der Straßen, könne man vielleicht schon etwas erreichen.

Der Vorsitzende meint, man habe sich darauf verständigt, dass man momentan nicht die Rechtsgrundlage habe, etwas zu verändern. Das Alkoholkonsumverbot habe man um zwei Jahre verlängert. Man werde es aber als Prüfauftrag aufnehmen.

Er sage zu, aus der Arbeitsgemeinschaft zu berichten. Dann könne man sich über Weiteres verständigen. Die Anträge verweise er in die Arbeitsgemeinschaft.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –